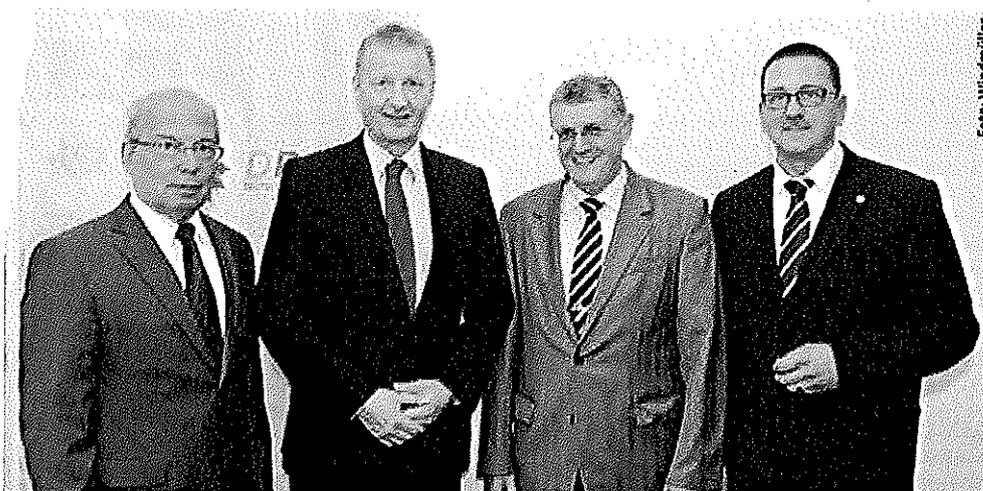


NRW-Innenminister Ralf Jäger zu Gast in der Bundesgeschäftsstelle

Fürsorge und Verantwortung für Schwerbehinderte und Langzeitkranke – Erich Rettinghaus: Kritik an Besoldungsentscheidung in NRW

Im kommenden Jahr wird der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger den Vorsitz in der Innenministerkonferenz (IMK) einnehmen; Grund genug für ein ausführliches Gespräch mit dem wohl bekanntesten SPD-Innenminister des bevölkerungsreichsten Bundeslandes. Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der DPoIG in Nordrhein-Westfalen, und der Erste stellvertretende Bundesvorsitzende Hermann Benker aus Bayern nahmen neben dem DPoIG-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt daran teil.



Rainer Wendt, Ralf Jäger, Hermann Benker, Erich Rettinghaus (von links)

„Die Polizei muss lernen, dass auch diejenigen zu ihr gehören, die sich in jahrzehntelanger Pflichterfüllung aufgerieben haben und jetzt nicht mehr über Zäune und Dächer springen können“, brachte Rainer Wendt seine Besorgnis über manchen Umgang mit „angeschlagenen“ Beschäftigten auf den Punkt. Außerdem sollte die Position der Schwerbehindertenveterin vertreten gestärkt werden, die mit ihrem wertvollen Spezialwissen ernst genommen werden müssen, so Wendt. Die positiven Beispiele über gelungenes Eingliederungsmanagement sollten überall zum Standard werden.

Innenminister Jäger unterstrich seine Sorge um diejenigen, die über lange Zeit erkrankt sind und möglicherweise nicht wieder in den Polizeidienst zurückkehren könnten: „Wir müssen uns um diese Kolleginnen und Kollegen kümmern und gemeinsam nach alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten suchen,

wenn dies erforderlich ist.“ Dies sei, so der SPD-Politiker, auch eine wichtige Führungsaufgabe im Rahmen der Fürsorgeverpflichtung des Dienstherrn. Auf keinen Fall sei es das Ziel von ärztlichen Untersuchungen, durch frühzeitige Pensionierungen möglichst rasch Platz für neues Personal zu schaffen.

▣ Vorhaben bei der Verkehrssicherheit

Die DPoIG-Führung war sich mit Minister Jäger darin einig, dass angesichts knapper personeller und finanzieller Ressourcen der kritische Blick auf die Aufgaben der Polizei gerechtfertigt ist. So können zum Beispiel die sogenannten „Abfahrtskontrollen“ der Großraum- und Schwertransporte auf Kfz-Sachverständige und ihre Organisationen übertragen werden. Die erweiterte Begleitung vieler dieser Transporte auf der Straße ist – unter Verzicht auf polizeiliche Begleitung – von den schon heute

tätigen professionellen Begleitunternehmen zu leisten. Glücklicherweise sind absurde Forderungen, wie die Ablehnung des Polizeieinsatzes bei häuslicher Gewalt oder Verkehrsunfällen, schnell wieder aus der Öffentlichkeit verschwunden. „Das ist gut so“, konstatierte Rainer Wendt und weiter: „Die Bevölkerung reagiert sehr sensibel und erschreckt, wenn solche Dinge diskutiert werden, das trifft dann auch das Sicherheitsgefühl vieler Menschen negativ.“

Im Herbst wird es den ersten bundesweiten „Blitz-Marathon“ geben, an dem bislang schon einige Bundesländer teilgenommen hatten. Minister Jäger zeigte sich erfreut über diese Entwicklung und wies auf die erfolgreichen Aktionen in Nordrhein-Westfalen hin: „Dazu gehört insbesondere auch das Projekt ‚Crash-Kurs NRW‘, das mittlerweile ein bundesweit beachtetes Instrument ist, um vor allem junge Menschen un-

ter anderem auf die tödlichen Gefahren zu schnellen Fahren aufmerksam zu machen!“

Erich Rettinghaus wies darauf hin, dass die Polizei auf engagierte Einsatzkräfte angewiesen sei, wenn mit knappen Ressourcen weiterhin gute Ergebnisse erzielt werden sollen: „Die Personalgewinnung wird immer schwerer werden. Auch wenn die Polizei glücklicherweise immer noch für viele junge Menschen ein Traumberuf ist, müssen die Rahmenbedingungen attraktiver werden, wenn wir mit anderen Berufen konkurrieren wollen. Die Entscheidung der Landesregierung, von der Übernahme des Tarifergebnisses zigtausende Kolleginnen und Kollegen auszuschließen, war ein herber Rückschlag. Die Regierung sollte die nächste Gelegenheit nutzen, das zu revidieren, sonst bleibt die Wut in der Belegschaft dauerhaft und das ist nicht gut, weder für unsere Arbeit, noch für die Regierung!“

Mehr frühzeitige Angebote für behinderte Kollegen in der Polizei

DPoIG-Fachkommission Behindertenangelegenheiten tagte in Hamburg

Zur Weiterführung der Thematik des vielbeachteten Artikels im Polizeispiegel 7/8-2013 („Angeschlagen im Abseits?“ – „Warum wir jeden in der Polizei brauchen“) waren die Mitglieder der Fachkommission Behindertenangelegenheiten in der DPoIG der Einladung des Schwerbehindertenvertreters der Hamburger Polizei und Gesamtvertrauensperson der Freien und Hansestadt Hamburg, Dietrich Magunia, am 3. und 4. September gerne gefolgt.

Der Initiator dieser Tagung und Vorsitzende der FK Behindertenangelegenheiten, Frank Richter (DPoIG Bundespolizeigewerkschaft), konnte als weitere Fachleute Nicole Liebig (DPoIG LV Berlin), Wolfgang Mallach (DPoIG LV Baden-Württemberg) und Wolfgang Ladebeck (DPoIG Bundesleitung) mit der stellvertretenden Personalratsvorsitzenden Beate Petrou, dem stellvertretenden Mitglied der Schwerbehindertenvertretung Kristian Amtsberg, dem Beauftragten für die Belange schwerbehinderter Menschen in der Polizei Hamburg, Andreas Klahn, sowie dem Vorstandsmitglied der AGSV HH, Mithat Capar, zusammenbringen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Umstrukturierung in der Polizei Hamburg konnte am Beispiel des Projekts „LKA neu“ verdeutlicht werden, wie wichtig doch klare Projektvorgaben sowie die Zusammenarbeit der Personalkoordinatoren und der Schwerbehindertenvertretung sind, um sich für die Belange schwerbehinderter Bediensteter bereits im Vorfeld einzusetzen. Das rechtzeitige Einrichten beziehungsweise Erhalten von Arbeitsplätzen behinderter Menschen, das Anbieten von Fortbildungsmaßnahmen und das Führen notwendiger Personalgespräche helfen nachweislich, Demotivation und hohe Krankenstände bei Neuorganisationen zu vermeiden.

■ Mehr Wertschätzung für Polizeibedienstete

Erstaunen verursachte bei den Teilnehmern auch die Erkenntnis, dass gesetzlich vorgegebene Inklusionsmaßnahmen wie das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) bei der Polizei beziehungsweise in der FHH nicht ausreichend umgesetzt werden. Dabei würden alternative Maßnahmen wie beispielsweise das Hinzuziehen



Die Fachkommission Behindertenangelegenheiten der DPoIG mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Wolfgang Ladebeck.

externer Experten datenschutzrechtliche Bedenken bei den BEM-Teilnehmern ausgeräumen helfen beziehungsweise die Möglichkeit einer anerkennenden Prämierung solcher präventiven Aktionen nach sich ziehen.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass Stellenstreichungen aus haushalterischen Gründen nur die allerletzte Möglichkeit sein können, den politischen Vorgaben zu genügen. Neben der Gewährleistung der inneren Sicherheit dem Bürger gegenüber dürfen die politisch Verantwortlichen und die Führungskräfte der Polizei nicht vergessen, dass der Erhalt und der behindertengerechte Ausbau von Beschäftigungsplätzen in einem gesetzlich

vorgegebenen Umfang von fünf Prozent festgelegt ist und auch eine Wertschätzung für Polizeibedienstete bedeutet, die sich jahrelang für die Belange der Gesellschaft eingesetzt haben.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung konnte Wolfgang Mallach ergänzend darstellen, wie der mit Umsicht geführte Umstrukturierungsprozess in Baden-Württemberg verlief. So ergab sich den engagiert diskutierenden Sitzungsteilnehmern ein ausgewogenes, länderübergreifendes Bild von der Situation betroffener Mitarbeiter. Die Erkenntnisse daraus möchte die Fachkommission weiter in die gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Gremien tragen. ■

> Buchvorstellung: Rita Steffes am

Polizisten im Visier. Eine kriminologische Untersuchung zur Gewalt gegen Polizeibeamte aus Tätersicht

Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt 2012

Gewalt gegen Polizeikräfte im Dienst ist ein Dauerthema, das Öffentlichkeit, Medien und natürlich die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei beschäftigt. Das im Buch präsentierte kriminologische Forschungsprojekt befasst sich mit der Sichtweise von Mehrfachgewalttätern, die auch Gewalt gegen Polizeibeamte

angewandt haben. Geleitet von der langjährigen Erfahrung der Autorin in der Täterarbeit, dass Verhaltensweisen von Tätern, selbst wenn sie befremdlich anmuten, dennoch sozialen Regeln folgen, wurde der Frage nachgegangen, welchen Sinngehalt Gewalt gegen Polizeibeamte aus der Täterperspektive hat. Abschließend werden Schlussfolgerungen für die Kriminalpolitik und die Prävention gezo-

gen. Denn die Angriffe der hier untersuchten Täter erfolgten keinesfalls aus dem Nichts heraus, selbst wenn im Urteil „ohne rechtfertigenden Grund“ oder „plötzlich und unerwartet“ zu lesen ist. Die untersuchten Gewalthandlungen reichen von Schubsen/ Stoßen über Treten und Schlagen bis hin zum Drohen mit einer Waffe und dem Werfen von Brandsätzen gegen eine Polizeidienststelle. ■